



Sprachpolitische Forderungen der deutschen Minderheit

Strategie 2015 – 2020

Vom BDN Hauptvorstand am
16. Februar 2015 einstimmig angenommen¹

Die deutsche Sprache ist das wichtigste Erkennungsmerkmal der deutschen Nordschleswiger. Sie ist nicht nur das wichtigste Werkzeug der Kommunikation, sondern verbindet und zeigt Zugehörigkeit.

Die Förderung und Pflege der deutschen Sprache gehört zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Volksgruppe. Dies gilt nicht nur in den eigenen Einrichtungen und Vereinen, sondern auch im öffentlichen Raum um so auch die Wahrnehmung der deutschen Minderheit zu verbessern.

Die Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Nordschleswiger verabschiedete im Mai 2010 eine „Sprachpolitische Zielsetzung“.

Trotz Unterstützung durch den Europarat (u.a. Expertenkomitees der Sprachencharta und Rahmenkonvention) sind die Fortschritte in Bezug auf die Zielsetzungen eher gering. Dies ist einer der Gründe dafür, dass der BDN Hauptvorstand 2014 eine Sprachpolitische Arbeitsgruppe gebildet hat. Diese soll systematisch mit den Zielsetzungen arbeiten. Ein erstes Ergebnis ist das vorliegende Papier, in dem sieben konkrete Ziele ausgewählt worden sind, die in den nächsten Jahren durch systematische und beharrliche Arbeit umgesetzt werden sollen, bei der die Unterstützung unter anderem durch die Stadtratsmitglieder der SP, den Kopenhagener Kontaktausschuss und den Europarat wichtig ist.

Benennung von deutschsprachigen Ansprechpartnern in den Kommunen

Für viele Zuzügler aus Deutschland sind die dänischen Regeln, beispielsweise im Bereich Steuer- und Sozialgesetzgebung schwer verständlich. Dass vieles über das Internet (auf Dänisch) läuft, ist ebenfalls nicht hilfreich.

Es ist deshalb wichtig, dass jede der vier Kommunen deutschsprachige Ansprechpartner benennt, die als Anlaufstelle bei Fragen und Problemen genutzt werden können. Es sollen keine Experten sein, sondern Generalisten, die sagen können, wer wo helfen kann. Diese Mitarbeiter gibt es in allen Kommunen. Sie sind oftmals in der Abteilung für Bürgerservice beschäftigt. Informationen über die Ansprechpartner sollten unter anderem auf der Homepage der Kommune veröffentlicht werden.

Maßnahme: Schreiben des Hauptvorsitzenden an die vier Bürgermeister mit Kopie an die SP Stadtratsmitglieder.

¹ Redigierte Fassung vom 6. Mai 2015.

Erstellen einer Sprachstrategie für kommunale Pflegeheime und regionale Krankenhäuser.

Ältere und kranke Menschen bedürfen oft besonderer Zuwendung. Dabei kann es für viele ein Vorteil sein, in ihrer Muttersprache verstanden zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass kommunale Pflegeheime und regionale Krankenhäuser eine Sprachstrategie haben.

Maßnahme: 1. Schreiben/Einladung an den Regionsvorsitzenden 2. Gespräch/Sitzung mit verantwortlichen in Region, Kommunen und Pflegeheimen.

Produktion einer Broschüre über die Möglichkeit der Vorlage von relevanten Dokumenten auf Deutsch gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den Gerichten.

Es gibt laut Sprachencharta und EU-Regeln eine Reihe von Möglichkeiten, Dokumente auf Deutsch vorzulegen. Diese Rechte sollen in einer deutsch-dänischen Broschüre zusammengefasst werden. Verantwortlich dafür ist der dänische Staat.

Maßnahmen: Treffen mit *Statsforvaltningen*, Schreiben an zuständige Stellen/Ministerium, ggf. Unterstützung des Kontaktausschusses.

Regelmäßige deutschsprachige Sendungen im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen

Die deutsche Sprache kommt in den Medien zu kurz, und das obwohl DR unter anderem durch die Digitalisierung inzwischen über eine Reihe von Fernseh- und Radio-kanälen verfügt.

Ziel ist die Ausstrahlung eines deutschen Fernsehprogramms mindestens einmal wöchentlich. Dies könnten – insbesondere anfangs – auch eingekaufte Programme sein.

Regelmäßige Programme sind eine gute Grundlage für deutschsprachigen Unterricht und können der deutschen Minderheit eine mediale Plattform geben.

Maßnahmen: Treffen mit verantwortlichen bei DR.

Aufstellung eines Autobahnhinweisschildes „Knivsbjerg/Knivsberg“

Seit 2011 gibt es nach deutschem Vorbild auch an dänischen Autobahnen Hinweisschilder auf besondere Sehenswürdigkeiten. In Nordschleswig gibt es drei dieser Schilder, zwei in Sonderburg (Düppel und Sonderburger Schloss) und eins in Christiansfeld. Generell fehlen Schilder für Tondern (z.B. Nationalpark Wattenmeer), Apenrade (z.B. Schloss Brundlund) und Hadersleben (z.B. Historischen Stadtkern & Dom).

Südlich der Grenze gibt es für die dänische Minderheit (Danewerk / Danevirke) und die Friesen (Nordfriesland / Nordfriislon) Hinweisschilder.

Es fehlt somit ein Schild, dass die einzige offiziell anerkannte nationale Minderheit in Dänemark berücksichtigt. Dieses Schild sollte auf den Knivsbjerg (Knivsbjerg/Knivsberg) hinweisen, der alle formellen Voraussetzungen an nationale Sehenswürdigkeiten erfüllt, und etwas zu bieten hat für alle, die Interesse haben an Geschichte, Kultur und Natur.

Dieses Schild ist - u.a. unter Hinweis auf die auslaufende Proberegelung - vom *Vejdirektorat* abgelehnt worden.

Maßnahmen: Politische Verhandlungen mit dem Kopenhagener Kontaktausschuss.

Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln

Seit 2008 stehen in Flensburg zweisprachige Ortstafeln „Flensburg/Flensborg“. Sie sind ein Hinweis darauf, dass es in Flensburg eine dänische Minderheit gibt und zeugen von Toleranz und Offenheit. Entsprechende Ortstafeln gibt es in ganz Europa - nur nicht in Dänemark.

Kurzfristiges **Ziel** (innerhalb von 1-2 Jahren) muss es sein, diese Ortstafeln für die jeweils größte Stadt der Kommune, d.h. für Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern zu bekommen. Langfristiges Ziel sind zweisprachige Ortstafeln dort, wo es deutsche Einrichtungen gibt.

Der Beschluss zur Aufstellung der Schilder sollte gerne im Stadtrat mit einer breiten Mehrheit getroffen werden und gerne auf Initiative der Mehrheitsbevölkerung. Weitere **Argumente** für die Schilder sind: Alleinstellungsmerkmal, Tourismusförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

Maßnahmen: Einzelgespräche mit ausgewählten Bürgermeistern in Zusammenarbeit mit der SP, unterstützende Maßnahmen: Medienberichte, Zustimmung seitens der Wirtschaft, Schreiben der zuständigen staatlichen Behörde, dass es keine rechtlichen Einwände gegen zweisprachige Ortstafeln gibt.

Förderung der Deutschen Museen

Das Deutsche Museum in Sonderburg und das Schulmuseum in Apenrade sind Aushängeschilder für die deutsche Minderheit. Die Darstellung der eigenen Geschichte ist wichtig für die Identitätsbildung und ist zudem Teil der Informationsarbeit über die Minderheit.

Langfristiges **Ziel** ist eine staatliche Förderung durch die der Museumsleiter finanziert werden kann. Kurzfristiges Ziel ist eine Projektförderung durch staatliche und private Quellen. Ansatzpunkt könnte 2020 sein – 100 Jahre Volksabstimmung 100 Jahre Minderheit.

Maßnahmen: Ausarbeiten eines Projekts 2020 und Einwerbung von Projektmitteln. Parallel dazu für eine feste staatliche Förderung des Museums argumentieren.